

ließ sich zunächst gut an. Der ANC wollte Gewaltverzicht üben, wenn Südafrika den seit über zwanzig Jahren inhaftierten ANC-Führer Nelson Mandela freiläße und das Verbot der Organisation aufhabe.

Doch just als die Schlichter im letzten Monat zum entscheidenden Gespräch mit Präsident Botha in Kapstadt landeten, griffen Spezialeinheiten der südafrikanischen Streitkräfte gleich drei Nachbarstaaten an, die Commonwealth-Mitglieder Simbabwe, Botswana und Sambia. Damit war die Friedensmission

torpediert – offenbar vorsätzlich zum Scheitern gebracht.

Die düpierten Mittler stellten jetzt in ihrem abschließenden Bericht fest, daß „strafende Maßnahmen“ wohl die einzige Möglichkeit seien, in Südafrika „das größte Blutbad seit Ende des Zweiten Weltkrieges“ abzuwenden. Melodramatisch schrieb die Johannesburg-„Sunday Times“: „Wir sagen unserer Freundin Frau Thatcher Good-bye.“

Ähnlich prekär ist die Lage für den Südafrika-Freund Ronald Reagan. Im Kongreß liegt ein Gesetzentwurf über

Sanktionen, den neben den Demokraten selbst einige Republikaner befürworten. Derweil sind Dutzende von US-Firmen schon abgewandert.

Die Deutschen dagegen blieben bei der Stange. 1985 erhöhten sich die Netto-Investitionen aus der Bundesrepublik um 137,9 Millionen Mark. Da die Investitionen durch staatliche Hermes-Kredite abgesichert sind, steht für den größten Teil dieser Summe der deutsche Steuerzahler gerade, wenn über Südafrika das Chaos hereinbricht – am 16. Juni oder irgendwann danach.

SPIEGEL Gespräch

„Es gibt kein Land, in das wir gehen könnten“

Der südafrikanische Informationschef Louis Nel über den Rassenkonflikt



Nel (r.) beim SPIEGEL-Gespräch in Kapstadt*: „Wir lassen uns von unserem Weg nicht abbringen“

SPIEGEL: Mr. Nel, wann wird hier an Ihrer Stelle als südafrikanischer Informationschef ein Schwarzer sitzen?

NEL: Ein Mischling oder ein Inder könnte heute schon an meiner Stelle sitzen. Für einen Schwarzen hängt das eindeutig von einer künftigen Verfassung ab. Sie muß ausgehandelt werden – aber das verzögert sich durch den revolutionären Ansturm, der zur Zeit gegen diese Regierung vorgetragen wird. Es hängt auch davon ab, daß dieser revolutionäre Ansturm niedergeschlagen wird.

SPIEGEL: Glauben Sie denn, daß Sie den revolutionären Ansturm noch niederschlagen können?

NEL: Ja, wir sind motiviert, und wir sind entschlossen.

SPIEGEL: Wann wird wohl ein Schwarzer Präsident Südafrikas sein?

NEL: Ein Farbiger oder Inder könnte heute schon Präsident werden. Für einen Schwarzen kann ich es nicht sagen. Das ist zu diesem Zeitpunkt eine akademische Frage, die ich nicht weiter erörtern möchte.

SPIEGEL: Als Außenminister Roelof Botha im Februar über eine solche Aussicht spekulierte, wurde er vom Staatspräsidenten persönlich zurechtgewiesen. Heißt das nicht, daß der Präsident eine solche Möglichkeit ausschließt?

NEL: Wenn Sie lesen, was der Staatspräsident gesagt hat, werden Sie erkennen, daß er keine Möglichkeit ausgeschlossen hat. Er hat lediglich gesagt, daß die Nationale Partei in dieser Frage

als Partei noch keine Position bezogen hat.

SPIEGEL: Mit oder ohne einen schwarzen Präsidenten – solange Sie der schwarzen Mehrheit Südafrikas keine nennenswerte Teilnahme an der Regierung zugestehen, werden die landesweiten Unruhen der letzten 20 Monate weitergehen: Mehr als 1700 Menschen wurden getötet, die Revolution hat die schwarzen Townships übernommen. Wie wollen Sie den Aufstand in den Griff bekommen und dennoch gleichzeitig die Reform voranbringen?

NEL: Die gegenwärtigen Unruhen haben nichts mit der politischen Reform zu tun. Deshalb haben Sie mit Ihrer Feststellung unrecht. Wir fühlen uns einem Prozeß der Machtteilung mit der schwarzen Bevölkerung verpflichtet, der ausge-

* Mit Redakteuren Dieter Wild und Paul M. Schumacher.

Louis Nel

gehört als Informationschef mit dem Titel eines Vizeaußenministers zum engsten Kreis der Berater des südafrikanischen Staatspräsidenten Pieter Willem Botha. Wie Botha zählt Nel, 48, in der seit 1948 regierenden Nationalen Partei der Buren zum liberaleren („verligten“) Flügel und wurde deshalb Mitte der 70er Jahre von der konservativen („verkrampten“) Mehrheit in seiner Karriere gestoppt. Er stieg erst auf, als Botha nach 1978 eine vorsichtige Liberalisierung der Apartheid versuchte. Diese Reform brachte die Verligten in scharfen Gegensatz zu den buri-schen Ultras, die sich von der Partei abgespalten. Sie war aber zu halbherzig und kam zu spät, als daß sie den Aufstand der Schwarzen hätte verhindern können, der im Herbst 1984 losbrach und seit-her fast täglich Todesopfer fordert.

handelt werden muß. Der revolutionäre Ansturm kommt von Leuten, die eine politische Reform einfach nicht wollen; sie wollen die Revolution.

SPIEGEL: Sie sind an Ihrer Reform eben nicht mehr interessiert.

NEL: Die Revolutionäre befürchten, daß wir mit vernünftigen schwarzen Führern dieses Landes eine verfassungsmäßige Ordnung aushandeln könnten, die für die meisten Schwarzen annehmbar sein würde. Sie befürchten, daß die betreffenden Führer von der westlichen Welt wie von den Schwarzen Südafrikas als die wirklichen Führer der schwarzen Mehrheit dieses Landes anerkannt werden könnten. Um das zu verhindern, versuchen sie alles, um die Reform scheitern zu lassen.

SPIEGEL: Ist es aber nicht verständlich, daß die schwarze Mehrheit nicht auf den Tag warten will, an dem Ihre Reform kommt – oder vielleicht auch nicht kommt?

NEL: Das liegt in der Natur von Revolutionären. Sie wollen keine Reform, sie wollen den totalen Umsturz durch Gewalt. Wenn das geschieht, wird dieses Land in große Bedrängnis kommen. Das wird zum Schaden aller Südafrikaner sein und auch zum Schaden des Westens. Denn die Partei, die die Revolution in Südafrika vorantreibt, der ANC, ist mit der Kommunistischen Partei Südafrikas verbündet.

* Radikale Schwarze bestrafen wirkliche oder vermeintliche Kollaborateure, indem sie ihnen mit Benzin gefüllte Autoreifen um den Hals hängen und anzünden.

** Er legt nach der Hautfarbe fest, wo die jeweilige Bevölkerungsgruppe wohnen darf.

*** Danach wird für jeden Einwohner staatlich festgestellt, welcher Rasse er angehört.

SPIEGEL: Und wieso glauben Sie noch, daß Sie die Reform beschleunigen könnten, wenn Sie die Revolutionäre mit Waffengewalt bekämpfen?

NEL: Nur so können wir zu einem Frieden kommen, der die Reform beschleunigen wird. So einfach ist das. Durch den Einsatz von Polizei und Sicherheitskräften müssen wir die Bemühungen dieser Leute in den Griff bekommen. Sie haben für ihre Gewalttätigkeit keine Unterstützung der schwarzen Mehrheit: nicht für Einschüchterung, nicht für Brandschatzung von Häusern, nicht für „Halsband“-Methoden*, nicht für all jene Mittel, mit denen sie versuchen, die Schwarzen unter ihre Kontrolle zu bringen.

SPIEGEL: Einige Teile des Landes haben sie schon unter Kontrolle – die schwarzen Townships.

NEL: Darüber könnte man streiten. Propagandistische Berichte haben behauptet, daß Gesetz und Ordnung völlig zusammengebrochen seien, etwa im Township Alexandra, das Revolutionäre angeblich übernommen hatten. Als jedoch Polizei und Sicherheitskräfte einrückten, stießen sie nicht auf den geringsten Widerstand. Gesetz und Ordnung wurden wiederhergestellt.

SPIEGEL: Bei der Parlamentseröffnung hat der Präsident etwas Erstaunliches erklärt: Die Apartheid sei „ein überholtes Konzept“. Was genau will Ihre Regierung damit sagen?

NEL: Ich glaube, daß die Apartheid tot ist, wir brauchen noch einige Zeit, sie zu beerdigen.

SPIEGEL: Sie mildern die Apartheid, aber Sie wollen an der Macht bleiben. Ist es so?

NEL: Quatsch.

SPIEGEL: Ein paar Säulen der Apartheid sind zwar gefallen, etwa die Paßgesetze und die Unzuchtparagraphen. Andere Gesetze dagegen, wie der Group Areas Act**, werden für nicht verhandelbar erklärt.

NEL: Das trifft nicht ganz zu. Die Regierung hat zwei Maßnahmen getroffen. Erstens hat sie den Group Areas Act dem President's Council überwiesen, damit der ihn prüft und darüber einen Bericht erstellt. Genauso hatten

„Die Regierung wünscht sofortige Gleichheit“

wir es mit den Paßgesetzen gemacht. Und zweitens hat der Präsident vor dem Parlament kategorisch festgestellt, daß er den Group Areas Act nicht als heilige Kuh ansieht. Alle Gruppen in Südafrika müssen sich sicher fühlen, das ist wichtig. Darüber müssen wir mit den schwarzen Führern verhandeln.

SPIEGEL: Aber der Population Registration Act*** ist zum Beispiel nicht zu Verhandlungen freigegeben. Der ist ja wohl auch ein Apartheidsgesetz.

NEL: Das mag für Sie Apartheid sein, aber diskriminierend ist es nicht.

SPIEGEL: Menschen nach ihrer Hautfarbe in Gruppen einzustufen wäre nicht diskriminierend?

NEL: Der Population Registration Act erkennt nur die Realität an, daß wir in diesem Land verschiedene Bevölkerungsgruppen haben. Wir haben ethnische Unterschiede. Sie in Deutschland können sich nicht vorstellen, was in die-



Polizeieinsatz gegen Schwarze in Südafrika: „Abwehr eines revolutionären Ansturms“

sem Land vor sich geht, weil Sie nur eine Sprache haben, Deutsch. Aber der Südafrikanische Rundfunk zum Beispiel bietet den Südafrikanern Sendungen in elf Sprachen. Wir haben verschiedene Gemeinschaften und auch verschiedene schwarze Gemeinschaften: Zulu, Xhosa, Shangaan, Sotho und Tswana. Jede ist von der anderen so verschieden wie Deutsche von Franzosen. Niemand kommt daran vorbei. Der Population Registration Act trägt dieser Tatsache Rechnung.

SPIEGEL: Aber die schwarzen Gemeinschaften wollen sich nicht von Weißen klassifizieren lassen. Die Änderungen der Apartheid sind zwar nicht bedeutungslos. Aber die meisten Schwarzen beeindruckt nicht, daß ihnen nun erlaubt werden soll, Liebesbeziehungen mit Weißen zu haben oder Eigentum in städtischen Gebieten zu erwerben, was sie sich ja doch nicht leisten können. Sie sind daran interessiert zu erfahren, wann der schwarze Mann dem weißen gleichgestellt wird.

NEL: Die Regierung wünscht sofortige Gleichheit zwischen Schwarz und Weiß. Die Regierung verfolgt die Politik, die Entwicklung des schwarzen Mannes in Südafrika in jeder Hinsicht zu fördern.

SPIEGEL: Und der dumme Schwarze will es einfach nicht begreifen? Menschen verschiedener Rassen können in Südafrika heute zwar heiraten und gemischtrassische Kinder haben, aber wo sollen diese Kinder leben, und wo werden sie zur Schule gehen, da doch Wohngebieten und Erziehungseinrichtungen weiterhin nach Rassen getrennt sind?

NEL: Natürlich ist die Situation in Fluß, natürlich verändert sich die Szenerie Südafrikas, die Gesellschaft befindet sich im Übergang. Wir sind nicht mehr

„Die Länder des Westens sollten keine Urteile abgeben“

die starre Gesellschaft, die wir in der Vergangenheit waren, aber im Grunde sind wir noch immer eine ethnisch ausgerichtete Gesellschaft mit vielen anerkannten Kulturen. Sogar ein Mann wie Bischof Tutu spricht mit seiner Frau weder Afrikaans noch Englisch. Er spricht seine eigene Sprache, Tswana.

SPIEGEL: Das Wohlstandsgefälle zwischen Schwarz und Weiß ist zwar erkennbar geringer geworden. Ein schwarzer Minenarbeiter, der früher im Durchschnitt nur ein Achtzehntel des Lohns eines Weißen erhielt, bekommt jetzt ein Viertel. Aber dieser Schwarze erwartet doch, genausoviel zu bekommen, nach dem Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

NEL: Der Grundsatz Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist Regierungspolitik, er gilt schon für die Beamten oder Leh-



Bischof Tutu mit Mandela-Bild*
„Wir müssen fair zu unseren Gegnern sein“

rer in Südafrika. Bei den Privatunternehmen geht die Entwicklung sehr schnell in die gleiche Richtung. Die Unterschiede in der Durchschnittsbezahlung von Schwarz und Weiß beruhen hier aber nicht auf einem auf die Farbe bezogenen gesetzlichen Hindernis, sondern auf der unterschiedlichen Qualifikation. In einem Land wie den Vereinigten Staaten von Amerika ist es genauso: Das mittlere Einkommen der Schwarzen erreicht nur 56 Prozent von dem der Weißen. Würde unsere Regierung über Nacht beseitigt, wäre die Lage nicht anders.

SPIEGEL: Aber dann wäre die Macht in anderen Händen, und das versuchen Sie offenbar zu verhindern. Könnten Sie sich vorstellen, daß hier eines Tages ein einziges Parlament nach dem Grundsatz Ein Mann, eine Stimme gewählt wird, vorausgesetzt, die Rechte der Minderheiten werden abgesichert?

NEL: Das ist ganz wichtig, die Rechte der Minderheiten müssen gewährleistet werden. Wie aber die Minderheiten zu schützen sind, ist eine praktische Frage, die man entscheiden muß. Es gibt dazu im Westen verschiedene Wege. Ihr Deutschen habt das Bundesstaatssystem, die Schweizer haben das Kantonssystem. Die Regierungspolitik Südafrikas ist, daß jeder Mensch eine Stimme haben sollte.

* Anfang Juni auf einer Anti-Apartheid-Tour in Kanada.

SPIEGEL: Auch das gleiche Stimmgewicht?

NEL: Er muß sein Stimmrecht in einer Weise ausüben, daß die Interessen und die Rechte der Minderheiten gesichert sind. Dieser Grundsatz wurde im übrigen Afrika nicht befolgt. Die Demokratie scheiterte in jedem afrikanischen Vielvölkerstaat völlig, es gibt entweder Einparteiensstaaten oder Militärdiktaturen.

SPIEGEL: Haben wir Sie richtig verstanden: Das Prinzip Ein Mann, eine Stimme in einem einzigen Parlament wird von Ihnen nicht ausgeschlossen?

NEL: Ich kann mich über keinen Punkt einer künftigen Verfassung äußern. Wir haben noch keinen Entwurf veröffentlicht. Wir wollen über die verfassungsmäßige Ordnung Südafrikas mit einer offenen Tagesordnung verhandeln.

SPIEGEL: Was halten Sie von folgender Einschätzung der Lage: Nach 20 Monaten der Gewalt hat sich in Südafrika eine Art Patt eingestellt: Der Aufstand der Schwarzen kann die weißbeherrschten Machtstrukturen nicht zu Fall bringen, aber das System kann trotz seiner gewaltigen Macht den revolutionären Brand nicht austreten. Wie lange kann das Patt dauern?

NEL: Ich glaube nicht, daß es besteht. Der ANC hat 1986 zum Jahr des „Umkhonto we sizwe“ (Speer der Nation) erklärt. So heißt der militärische Flügel des ANC. Die wollen 1986 im ganzen Land einer Revolution zum Erfolg verhelfen. Gegenwärtig ersucht die Regierung das Parlament um zusätzliche Vollmachten für die Polizei, um ihr die Mittel zu geben, mit der Lage fertig zu werden.

SPIEGEL: Glauben Sie denn, daß in der jetzigen dramatischen Lage erweiterte Befugnisse für die Polizei noch helfen?

NEL: Ja, wir würden dann sehr viel anders dastehen. Wir müssen mit der Gewalt fertig werden, das schulden wir der schwarzen Mehrheit in diesem Land und auch den Interessen der westlichen Welt – sogar wenn die westliche Welt das anders sieht.

SPIEGEL: Erweiterte Befugnisse für die Polizei ist in der Tat das Letzte, was der Westen wünscht, wenn man nur an die Proteste gegen den Ausnahmezustand denkt, den Sie im vorigen Jahr verhängt hatten.

NEL: Der Staat muß Maßnahmen treffen, die greifen. Und wir haben unsere Maßnahmen selbst zu treffen. Kein Land im Westen muß sich derzeit gegen einen revolutionären Ansturm wehren, wie er in Südafrika stattfindet. Die Länder des Westens sind deshalb nicht in der Position, Urteile abzugeben.

SPIEGEL: In den ersten Monaten des Jahres 1984 sah es so aus, als gäbe es wirklichen Fortschritt in Südafrika. Sie begannen, die braunen Südafrikaner an der Macht zu beteiligen, obwohl nur sehr begrenzt. Auch in Ihren Beziehungen mit den Nachbarstaaten schien es Fortschritte zu geben, besonders nach der Unterzeichnung des Vertrags von Nkomati mit Mosambik. Was ist seither schiefgegangen?

NEL: Eben wegen des Fortschritts, den wir gemacht haben, verschärfen die Revolutionäre ihren Kampf.

SPIEGEL: Haben Sie das nicht vorhergesehen?

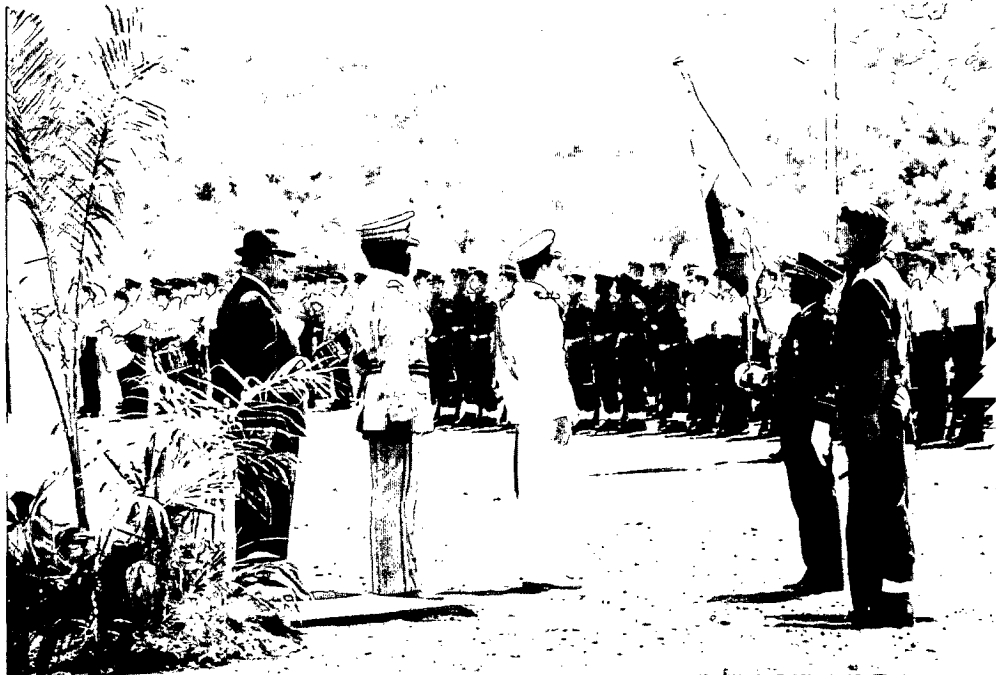
NEL: Doch, wir haben es vorhergesehen, und in den letzten 20 Monaten haben wir viel dazugelernt. Heute fühlen

„Unsere Reform ist schmerzhaft auch für die Weißen“

wir uns besser in der Lage als, sagen wir mal, vor einem Jahr, mit der Situation fertig zu werden.

SPIEGEL: Aber selbst zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Nkomati-Abkommens wurde gefragt, ob Sie nicht das Pferd vom Schwanz her aufzäumten. Sie wollten Übereinkünfte mit den unabhängigen schwarzen Nachbarstaaten treffen, anstatt sich mit der schwarzen Mehrheit innerhalb Ihrer eigenen Grenzen zu verständigen.

NEL: Das trifft nicht zu. Die Regierung verhandelt schon seit einiger Zeit mit den Schwarzen in unseren eigenen Grenzen. Reform, auch Verfassungsreform, muß sich entwickeln, wenn sie von Dauer sein soll. Unsere Reform ist ein schmerzhafter Prozeß auch für die Weißen. Denn sie müssen die Reformen



Vertragsabschluß von Nkomati 1984*: „Wir haben viel dazugelernt“

gleichfalls annehmen. So etwas geht nicht über Nacht. Der Prozeß läuft weiter. Wir lassen uns von unserem Weg nicht abbringen.

SPIEGEL: Hatten Sie nicht einen Hintergedanken, als Sie Ihre Abkommen mit den Nachbarstaaten schlossen? Sie hofften doch sicherlich, daß die Schwarzen innerhalb ihrer Grenzen dann gezwungen sein würden, Ihrem Reformprozeß zuzustimmen.

NEL: Ich kann Ihrer Logik nicht folgen. Bilaterale Beziehungen haben

nichts zu tun mit internen Beziehungen. Die schwarze Mehrheit stimmt unserem Reformprozeß zu.

SPIEGEL: Sind Sie da so sicher?

NEL: Glauben Sie mir, es ist nur eine Minderheit, die lärmend auftritt und radikale Methoden anwendet. Sie stemmt sich gegen die Reform in dem Bemühen, eine Revolution zu entfachen. Denken Sie nur daran, daß mehr als 500 Schwarze von schwarzen Radikalen getötet wurden.

SPIEGEL: Aber mehr als doppelt so viele von den Sicherheitskräften.

NEL: Die Sicherheitskräfte müssen gegen Gewalttätigkeit einschreiten, um Leben und Eigentum zu schützen. Unglücklicherweise werden dabei Menschen getötet. Aber dieses Jahr kamen mehr Schwarze durch Schwarze und durch schwarze Gewalt um als durch das Vorgehen der Sicherheitskräfte. 1400 schwarze Geschäfte wurden von Schwarzen niedergebrannt und mehr als 4400 Häuser schwarzer Bewohner. Die Gewalttätigkeit richtete sich bislang hauptsächlich gegen Schwarze. Der Westen begreift das einfach nicht oder scheint es nicht zu schätzen. Seit kurzem hat die schwarze Gewalt gegen Schwarze noch einmal furchtbar zugenommen, ist außer Rand und Band geraten.

SPIEGEL: Seit sie Simbabwe, Sambia und Botswana in einer einzigen Nacht angegriffen haben, schlägt den Weißen Südafrikas innerhalb und außerhalb der Grenzen noch stärkere Feindseligkeit der Afrikaner entgegen. Es waren Ihre seit Jahren schwersten Übergriffe gegen fremde Länder. Wie können Sie da noch



Buren-Ultra Terreblanche, Anhänger: „Die Buren sollen zusammenstehen“

* Links: Südafrikas Präsident Pieter Willem Botha; 2. v. l.: Mosambiks Präsident Samora Machel.

hoffen, das Vertrauen Ihrer Nachbarn zurückzugewinnen?

NEL: Die wirtschaftliche Existenz unserer Nachbarn hängt von uns ab. Das wissen sie, und das wissen wir. Wenn Südafrika untergeht, werden sie zusammenbrechen. Der neunmalklugen Westen wird sie nicht retten. Millionen Schwarze sind in Afrika schon umgekommen, ohne daß der Westen etwas daran ändern konnte. Während wir heute hier sitzen, sterben Schwarze überall in Afrika an Hunger.

SPIEGEL: Aber das kann doch niemals Aggressionen gegen Ihre Nachbarstaaten rechtfertigen.

NEL: Wir haben uns keiner Aggression gegen unsere Nachbarn schuldig gemacht. Unsere Nachbarn sind gewarnt worden, daß sie Operationen des ANC von ihrem jeweiligen Territorium nicht zulassen dürften. Ebenso dürften sie dem ANC nicht gestatten, ihre Länder zu passieren, um in Südafrika Gewalttätigkeiten zu begehen. Wir haben nicht Sambia, Simbabwe und Botswana angegriffen. Wir haben ANC-Hauptquartiere und Durchgangslager angegriffen und

„Diese Regierung ist keine flügelahme Ente“

das auch klargemacht. Wir hatten keinen Konflikt mit den Regierungen oder den Völkern jener Länder.

SPIEGEL: Jetzt haben Sie den Konflikt. Hat Südafrika bedacht, daß die Welt mit Empörung reagieren würde?

NEL: Wir sind uns der negativen Reaktion des Westens jederzeit bewußt. Aber in erster Linie sind wir dem Volk Südafrikas verantwortlich. Wir haben gehandelt, um den ANC von Angriffen gegen Südafrika abzuschrecken. Genau genommen war es eine Operation zum Schutz ordnungsliebender Menschen in Südafrika.

SPIEGEL: Inwiefern haben Ihre Übergriffe Menschen in Südafrika geschützt? Sie haben eine Handvoll Gebäude in weit entfernten Ländern zerstört.

NEL: Wir haben Einrichtungen des ANC zerstört, die Gebäude gehörten ihm. Der ANC ist schließlich eine Terrororganisation, die in Südafrika wahllos tötet – Schwarze wie Weiße. Wir haben mit unserer Aktion dem ANC auch eine Nachricht übermittelt: Wir wissen, wo ihr steckt, und wir haben keine Angst, gegen euch vorzugehen.

SPIEGEL: Sie geben vor, daß Sie gegen Gewalt sind. Aber Sie begehen Gewalt sogar außerhalb Ihrer Grenzen. Befürchten Sie nicht, daß Sie für diese Nachricht einen hohen Preis zahlen müssen?

NEL: Wir haben in Selbstverteidigung gehandelt, wie in Artikel 51 der Uno-Charta vorgesehen. Der ANC muß er-

kennen, daß diese Regierung keine flügelahme Ente ist, nicht gegenüber dem ANC und nicht gegenüber dem revolutionären Ansturm von wem auch immer.

SPIEGEL: Seit Ihren Übergriffen werden Sie nun stärker als je von Sanktionen bedroht, sogar von seiten befreundeter Länder wie den USA.

NEL: Die USA haben uns schon oft mit Sanktionen gedroht. Präsident Reagan hat in der Vergangenheit sogar schon begrenzte Sanktionen gegen Südafrika verhängt.

SPIEGEL: Ihre Übergriffe haben die Friedensbemühungen der „Eminent Persons Group“* torpediert. Deshalb drohen Ihnen jetzt zum ersten Mal weltweite Wirtschaftsstrafen. Wenn Südafrika noch die gesunde Wirtschaft von vor drei Jahren hätte, könnten Sie darüber vielleicht lachen. Aber inzwischen hat Ihre Währung gegenüber den wichtigsten

NEL: Die Schwarzen, die für Sanktionen eintreten, etwa Bischof Tutu, verlieren ihre Einkünfte nicht, wenn Sanktionen verhängt werden. Nur solche Leute, die ihren Job nicht verlieren werden, nehmen die bitteren Konsequenzen von Sanktionen in Kauf. Ich habe noch keinen einzigen Schwarzen sagen hören: Ich möchte Sanktionen haben, und dann kann ich meine Kinder nicht ernähren.

SPIEGEL: Und trotzdem unterstützen auch Führer der einflußreichen schwarzen Gewerkschaften den Ruf nach Sanktionen.

NEL: Die verlieren ihren Job nicht, wenn Sanktionen verhängt werden.

SPIEGEL: Ein anderes Argument der Weißen gegen Sanktionen lautet, dann würden selbst aufgeklärte Buren in ihr „Laager“ zurückgetrieben. Aber die historische „Laager-Mentalität“ besteht ja



Westwährungen zwei Drittel ihres Werts verloren. Jagt Ihnen eine Boykottandrohung da nicht kalte Schauer über den Rücken?

NEL: Die Währungsverluste sind auch von Vorteil, weil unsere Exporte nun international wettbewerbsfähiger sind. Die Sanktionen mögen die südafrikanische Wirtschaft treffen, aber vorwiegend im menschlichen, persönlichen Bereich. Die schwarze Bevölkerung Südafrikas leidet zuerst und vor allem unter Sanktionen. Wenn Sanktionen Erfolg haben, ist der Mann, der seinen Job verliert, auch der erste, der leidet.

SPIEGEL: Aber die Lage hat sich so zugespitzt, daß viele Schwarze Sanktionen wünschen.

vielleicht gar nicht mehr, da viele Buren wohlhabende Mitglieder der Industriegesellschaft geworden sind.

NEL: Bis zu einem gewissen Grade stimmt das. Doch Sanktionen würden viel größere Einheit nicht nur unter den Afrikanern, sondern unter allen Weißen zur Folge haben. Außerdem sind viele einflußreiche schwarze Führer wie Zulu-Chef Gatsha Buthelezi ganz und gar gegen Sanktionen.

SPIEGEL: Ihre Regierung sieht sich nicht nur der schwarzen Revolution gegenüber, sie wird auch heftig von weißen Ultrarechten angegriffen. Die klagen Präsident Botha des Betrugs am weißen Mann an. Erwarten Sie, daß diese Extremisten noch stärker werden?

NEL: Es ist nicht unmöglich, daß sie noch ein bißchen zunehmen. Aber ich muß sagen, daß die Regierung ihre Politik, andere Gruppen an der Macht zu

* Die von Politikern aus sieben Staaten des Commonwealth gebildete Gruppe sollte Kompromißmöglichkeiten für Südafrika finden.

beteiligen, nun sehr klar gemacht hat und die Weißen im Land sich entschieden haben, ob sie für oder gegen die Machtteilung sind.

SPIEGEL: Eugene Terreblanche, der Führer der rechten „Afrikaner Weerstandsbeweging“ (AWB), hat nachweislich gesagt: „Wir werden unser Land notfalls gewaltsam zurückgewinnen, wenn Botha es den Schwarzen übergibt.“ Ist das nicht eine klare Ankündigung weißer Gewalt?

NEL: Nein, das ist es nicht. Er bezog sich auf einen völligen Zusammenbruch von Gesetz und Ordnung. In solch einer revolutionären Situation, so verstehe ich ihn, sollen die Buren zusammenstehen, um die Revolutionäre zu bekämpfen. Das ist keine militärische Drohung gegen die Regierung.

SPIEGEL: Fast klingt das so, als versuchten Sie, für Terreblanche Entschuldigungen zu finden.

NEL: Ich versuche nur, fair und vernünftig zu sein. Als wir kürzlich eine Broschüre unter dem Titel „Mit dem ANC sprechen“ vorbereiteten, habe ich darauf bestanden, daß wir auch zum ANC fair und vernünftig sein müßten. Wir müssen fair zu allen unseren Gegnern sein.

SPIEGEL: Aber Ihre Polizei und Ihre Sicherheitskräfte schießen ausschließlich auf Ihre schwarzen Gegner. Die Sicherheitskräfte wurden sogar beschuldigt, Sympathien für die weißen Ultras zu haben, während sie mit den schwarzen Extremisten sehr viel weniger Geduld haben.

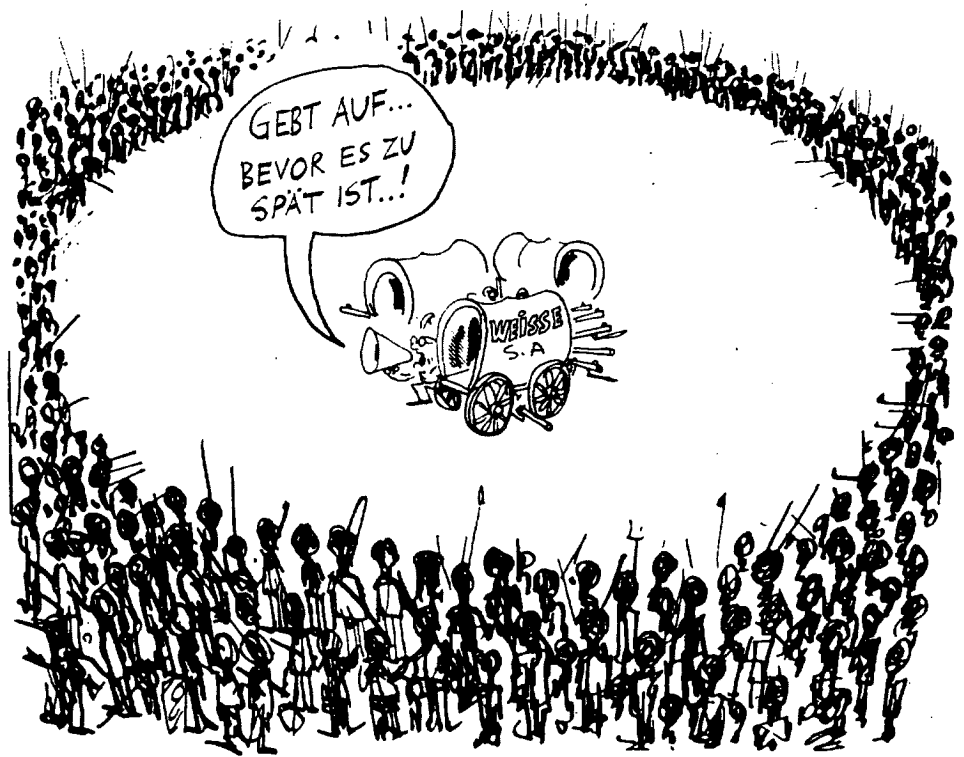
NEL: Unsere Sicherheitskräfte sind gegen jene vorgegangen, die Gewalt verübt haben, ob Schwarze oder Weiße. Und in Pietersburg wurde Tränengas gegen die AWB eingesetzt. Wir haben eine große Polizeitruppe, bestehend aus Schwarzen und Weißen. Natürlich ist es nicht unmöglich, daß da einige einzelne gewisse Sympathien für eine bestimmte politische Sache haben. Aber die Polizei insgesamt wird die Politik und die Befehle der Regierung ausführen. Sie ist loyal gegenüber der Regierung.

SPIEGEL: Daran kann in der Tat kaum gezweifelt werden.

NEL: Man kann meines Erachtens die schwarzen Radikalen und die weißen Radikalen nicht auf eine Stufe stellen. Die schwarzen Radikalen haben sich offen der Gewalt und der Revolution verschrieben.

SPIEGEL: Aber weiße Extremisten wurden schon von Gerichten für schuldig befunden, terroristische Akte geplant zu haben.

NEL: Ja, okay. Aber es gibt absolut keinen Beweis dafür, daß dies aufgrund eines politischen Programms oder einer Verpflichtung durch die AWB geschah. Beim ANC dagegen ist die Gewalt Teil des Programms. Deshalb möchte ich wiederholen, daß man beide in dieser Hinsicht nicht miteinander vergleichen kann.



Sydney Morning Herald

SPIEGEL: Mr. Nel, Ihr Land ist in Aufruhr ...

NEL: Nein, nein, nur in einigen Teilen.

SPIEGEL: Es gibt Aufruhr. Sogar Ihnen wohlgesinnte Leute wie der amerikanische Präsident haben Ihnen geraten, den ANC-Chef Nelson Mandela nach mehr als 20 Jahren Haft freizulassen, den Bann gegen den ANC aufzuheben und Gespräche mit den Nationalisten des ANC zu beginnen. Warum ist das so schwierig?

NEL: Erstens: Mandela kann noch heute frei sein, wenn er bereit ist, auf Gewalt zu verzichten. Er muß sich herkömmlichen Standards unterwerfen.

SPIEGEL: Er soll sich Ihrem Wertesystem unterwerfen.

NEL: Unser Standpunkt ist zivil und gerechtfertigt. Der Westen sollte uns in dieser Sicht unterstützen. Zweitens: Ja, wir werden den Bann gegen den ANC

„Unsere Zukunft liegt in Südafrika“

aufheben. Aber er muß gleichfalls auf Gewalt verzichten. Hier sind wir genauso auf festem Boden. Hätte ich Ihnen vielleicht gesagt, der deutsche Kanzler sollte mit der Baader-Meinhof-Bande verhandeln?

SPIEGEL: Da besteht zumindest ein großer Unterschied: Der ANC ist die Organisation einer breiten politischen Bewegung in Ihrem Land. Die Baader-Meinhof-Leute aber waren zu keiner Zeit die Organisation einer solchen Bewegung in unserem Land.

NEL: Terroristen wurden in Deutschland, in Italien und in Frankreich eingesperrt. Ich bestehe darauf, daß es auch in Südafrika für die Gewalttätigkeit des ANC keine Unterstützung gibt. Warum sollten wir dem ANC nachgeben und dadurch seine Aktionen legitimieren?

SPIEGEL: Südafrika geht einem schicksalsträchtigen Datum entgegen, dem 16. Juni, an dem die Schwarzen des zehnten Jahrestags des großen Aufstandes von Soweto gedenken. Die Polizei brachte damals mehr als 500 Schwarze um. Mit Blick auf diesen Jahrestag hat Polizeiminister Louis le Grange alle Versammlungen verboten. Befürchten Sie einen neuen historischen Gewaltausbruch?

NEL: Es wurden viele Protestveranstaltungen und -märsche geplant, in der Absicht, weitere Gewalttaten in unserem Land auszulösen. Deshalb fürchten wir in der Tat, daß es am 16. Juni zu neuer Gewalt kommen könnte. Wir haben im Voraus die nötigen Maßnahmen ergriffen.

SPIEGEL: Die Buren nennen sich selbst den weißen Stamm Afrikas. Ist Ihnen jemals in den Sinn gekommen, daß die Weißen eines Tages nur noch die Wahl haben könnten, sich den Schwarzen zu unterwerfen oder Afrika zu verlassen?

NEL: Wir sind aus Afrika. Wir sind seit mehr als 300 Jahren hier. Es gibt kein Land, in das wir gehen könnten. Unsere Zukunft liegt in Südafrika. Schwarz und Weiß müssen zusammenarbeiten. Es geht nicht um Unterwerfung. Es geht darum, zu teilen.

SPIEGEL: Mr. Nel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.